

Kleine Anfrage

Auswirkungen der Abkommensstrategie der Regierung

Frage von Landtagsabgeordneter Dr. Stefan Wenaweser

Antwort von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher
(2009-2013)

Frage vom 21. Oktober 2009

- * Wurden die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Abschlusses von TIEA's und DBA's bedacht? Wenn ja, mit welchen Auswirkungen muss der Staat rechnen?
- * Wie viele Arbeitsplätze gehen nach Einschätzung der Regierung verloren?
- * Mit welchen Mindereinnahmen muss der Staat bei der Kapital- und Ertragssteuer rechnen, und zwar konkret in Schweizer Franken ausgedrückt, und wie kann unser Staat diese Mindereinnahmen überhaupt verkraften?
- * Wie möchte die Regierung die prognostizierten Einbrüche bei den Steuereinnahmen konkret kompensieren?
- * Welche alternativen Geschäfte schweben der Regierung für den Finanzdienstleistungssektor konkret vor, welcher von einem massiven Rückgang der verwalteten Gesellschaften und damit auch von verwaltetem Vermögen betroffen ist?
- * Hat die Regierung Modellrechnungen angestellt, welche konkreten finanziellen Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft - wiederum ausgedrückt in Schweizer Franken - zum Beispiel ein Rückgang der in Liechtenstein verwalteten Stiftungen um 20%, 40%, 60%, 80% oder 100% haben würde, und was dies jeweils für die in diesem Sektor Beschäftigten, die Zulieferer der Finanzdienstleister, die Gastronomie etc. bedeutet?

Antwort vom 23. Oktober 2009

Ziel der Finanzplatz- und Steuerpolitik ist es, Arbeitsplätze und Staatseinnahmen zu sichern. Während eine konsequente Abkommenspolitik in der Vergangenheit der Absicherung der Souveränität diente, so ist diese heute eine Notwendigkeit für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Auch wenn es kurzfristig zu einer Konsolidierung insbesondere in der Banken- und Treuhandbranche kommen mag, sichert die Strategie der Regierung den notwendigen Umbau des Finanzplatzes in proaktiver Weise. Bestimmte nicht-steuerkonforme Geschäftsmodelle werden aus internationaler Sicht nicht mehr akzeptiert, da diese nicht im Einklang mit den internationalen Standards und daher auch nicht mehr zukunftsträchtig sind. Die Einhaltung der internationalen Standards führt zur Wiederherstellung des höchsten Guts des Finanzplatzes, nämlich seiner Reputation. Eine andere, bewahrende und rückwärtsgewandte Strategie wäre wirtschaftlich verheerend.

Die Steuerinformationsaustauschabkommen und die geplanten Doppelbesteuerungsabkommen aber auch die weiteren gesetzlichen und anderen Massnahmen und Initiativen (zB Fondsplatz Liechtenstein) bieten den inländischen und ausländischen Finanzdienstleistern die notwendigen Rahmenbedingungen für alternative Geschäfte auf dem Finanzplatz Liechtenstein. Es ist an den Finanzdienstleistern, diese Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Geschäfte zu nutzen. Die Regierung bietet in bestimmten Bereichen, namentlich wenn es um die Umsetzung von Abkommen geht Informationsveranstaltungen und Schulungen an, und hat den Verbänden gegenüber schon vor längerem die Bereitschaft für eine Plattform angeboten, innerhalb derer neue Geschäftsmodelle entwickelt und dafür Rahmenbedingungen geschaffen werden können. Wie die sich bietenden neuen Chancen genutzt werden, liegt aber letztlich nicht an der Regierung, sondern an den Finanzdienstleistern selbst.

Die Regierung hat sich selbstverständlich Gedanken über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Abschlusses von TIEAs und DBAs gemacht. Die Fragen in Bezug auf die erwarteten Mindereinnahmen und mögliche Reaktionen darauf wird die Regierung mit dem am nächsten Dienstag zu verabschiedenden Finanzplanungsbericht beantworten, wobei schon jetzt darauf hingewiesen werden kann, dass eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen zum heutigen Zeitpunkt mit enormen Unsicherheiten verbunden ist, was selbst die Branchenverbände, welche um eine eigene Einschätzung der mittelfristigen Entwicklung gebeten wurden, bestätigen. Die Regierung wird sich ebenfalls in der kommenden Woche mit zwei Projekten befassen, welche die Sanierung des Staatshaushalts einerseits sowie die institutionelle Organisation in Bezug auf die zukünftige Bearbeitung und Betreuung des Finanzmarktes zum Inhalt haben. Die Regierung hegt grosse Zweifel, dass es verantwortbar möglich ist, die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten eines Rückgangs der in Liechtenstein verwalteten Stiftungen in unterschiedlichem Ausmass zu berechnen. Sie hat sich daher vielmehr dafür entschieden, die Branchenverbände breit in die Meinungsbildung zu finanzplatzrelevanten Themen mit einzubeziehen und auf diese Weise möglichst viele Sichtweisen und Einschätzungen zu einem Ganzen zusammenfügen zu können.